



„Mehr Demokratie wagen“ - als Daueraufgabe

Demokratie fällt nicht vom Himmel,

...das belegt unsere Geschichte und die der SPD. Über 60 Jahre erfolgreiche parlamentarische Demokratie und über 20 Jahre Fall der Mauer durch eine Demokratiebewegung dürfen uns nicht dazu verführen, uns auf dem bisher Erreichten auszuruhen. Es sind mehr als 40 Jahre ins Land gegangen, seit Willy Brandt 1969 mit seinem „wir wollen mehr Demokratie wagen...“ den entscheidenden Impuls zur Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nach Gründung der Bundesrepublik gab.

Demokratie macht Arbeit,

...für uns Abgeordnete wie für die Bürgerinnen und Bürger. Das konnte ich 15 Jahre lang hautnah erleben. Nah bei den Menschen zu sein, erschöpft sich nicht im Schulterklopfen, Schunkeln und Schwätzen. Um Sorgen und Nöte, Interessen und Vorschläge und Kritik aufzunehmen und Beschimpfungen auszuhalten, brauchst Du nicht ein dickes Fell, sondern Zeit, Kraft und Zuversicht in die Gestaltung von Politik. Getreu nach Max Weber: „Politik als Beruf ist das Bohren dicker Bretter, mit Augenmaß und Leidenschaft.“ Wie dick die Bretter sind, konnte ich bei der Frage Gleichstellung von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur bei uns, sondern in vielen Ländern erleben.

Demokratie braucht Partei,

...die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“, so Artikel 38 Grundgesetz. Das ist die eine Seite. Mein Mandat – auch ein Direktmandat – habe ich aber dank der SPD und unserem Programm. Durch die Wahl bin ich auch eingebunden in eine Fraktion, die sich selbst Spielregeln – sprich eine Geschäftsordnung – gibt für Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse. Wo ethische, moralische und religiöse Grundhaltungen ausschlaggebend sind – zum Beispiel Klonen, Abtreibung, Bundeswehreinsetzung – war immer klar, dass die persönliche Haltung nicht von einer Fraktionsmehrheit überstimmt werden kann. In den 15 Jahren stand ich mehrmals vor der Frage, ist die Entscheidung in einer Sachfrage – in der Fraktion

heftig diskutiert, aber mehrheitlich abgestimmt – nicht doch eine Gewissenentscheidung, zum Beispiel die Rente mit 67 oder die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – Hartz-IV Gesetz. Ein Weg war in vielen Fällen für mich die Abgabe einer persönlichen Erklärung, ohne die Regierungsmehrheit zu gefährden.

Demokratie braucht Demokraten,

...im Parlament wie in der Gesellschaft. Als jüngste Stadträtin in Karlsruhe konnte ich in den 1970er Jahren zum ersten Mal Bürgerbeteiligung mitgestalten, dank der Reformen von Willy Brandt. Seitdem wurden auf Kommunal- und Landesebene direktdemokratische Elemente weiter ausgebaut. Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation ist heute Normalität in der Mehrheit der deutschen Gesellschaft, getreu nach Max Frisch „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“. Nach vielfältigen Protesten, Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen stehen heute die Erweiterungen der institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten im Bund auf der Tagesordnung. Bürgerinnen und Bürger müssen sich stärker einmischen können, ihre Fachkompetenz einbringen, sich als Koproduzenten betätigen oder zumindest mitentscheiden können.

Fragen nach der Weiterentwicklung unserer Demokratie, der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft wurden in der SPD-Bundestagsfraktion breit diskutiert, nicht nur in der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“. Die Ergebnisse sind eingeflossen in unser Regierungsprogramm und in Anträgen zur Änderung der Verfassung um die Instrumente Volksbegehren und Volksinitiativen. Dies endlich umzusetzen, wird Aufgabe der neuen Regierung und des neuen Parlamentes sein. Denn, um es mit Willy Brandt zu sagen: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Das bleibt mein Kompass, ob im oder außerhalb des Bundestags.

Das WIR entscheidet!

Am 22. September steht viel auf dem Spiel! Nicht nur für die SPD, sondern vor allem für unser Land.

Peer Steinbrück hat Recht: Deutschland ist ein starkes Land, aber es wurde vier Jahre lang unter Wert regiert. Er hat im TV-Duell konkrete Ziele genannt – Mindestlohn, gute Rente, menschenwürdige Pflege, Kampf gegen Steuerbetrug, wo Merkel nur hohle Worthülsen verliert.

Vier Jahre Schwarz-Gelb sind genug und beweisen, in welchem Ausmaß Merkel nur hohle Worthülsen verliert.

Mit der „Mövenpick-Steuer“, dem Milliardeneschen für die Hoteliers, begann es 2009 und hört 2013 mit dem sogenannten Betreuungsgeld auf. Wieder werden bis zu zwei Milliarden Euro verschwendet, nur um Frauen vom Beruf und Kinder von der Bildung fernzuhalten.

Hier hilft nur ein Wechsel: Mövenpick-Steuer und Betreuungsgeld abschaffen und im Bund jedes Jahr zehn Milliarden mehr in Bildung investieren, durch ein neues Ganztagserschulprogramm.

Ernst machen mit der Gleichstellung von Frauen – schon längst überfällig – mit gleicher Bezahlung für gleiche Leistung und mehr Frauen in Führungspositionen.

Den Mindestlohn von 8,50 Euro einführen und wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen und die Leiharbeit bändigen.

Die Zeit läuft, bis zur Wahl am 22. September können wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten und die Menschen zur Wahl bewegen und für die SPD gewinnen.

Damit Stuttgart durch Ute Vogt und Nicolas Schäfstoss in Berlin vertreten ist!

Eure

Ute Kumpf



1998 bis 2002: Rot-Grün regiert

Am 27. September 1998 wird Ute Kumpf zum ersten Mal mit 43,3 Prozent (39 Prozent Zweitstimmen) direkt in den Deutschen Bundestag gewählt.



Dieser Erfolg war nur mit viel Unterstützung aus meinem Wahlkreis Stuttgart Nord, der gesamten SPD Stuttgart und des parteiübergreifenden Bündnisses „Erststimme für Ute Kumpf!“ möglich — auf diese Unterstützung konnte ich in allen Wahlkämpfen zählen. Als Kreisvorsitzende lag die Organisation des Wahlkampfs in meiner Verantwortung.

Deutschlandweit erreichte die SPD 40,9 Prozent, Gerhard Schröder führte als Kanzler die **erste rot-grüne Koalition** im Bund an. Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik: Eine Regierung wurde von den Bür-

gerinnen und Bürgern, nicht durch einen Koalitionswechsel, abgewählt. 16 Jahre Helmut Kohl waren genug Stillstand: hohe Arbeitslosigkeit, Rekordverschuldung der Staatshaushalte, hohe Steuern und Abgaben, Blockade einer modernen Familienpolitik.

Reformstau auflösen

Die rot-grüne Koalition löste den Reformstau auf. Entscheidungen und Fehlentwicklungen der Kohl-Regierung wie die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes, das Krankenhausnotopfer sowie die höhere Zuzahlung für Medikamente machten wir rückgängig.

Wir stellten die Weichen für eine zukunfts-gewandte Gesellschaftspolitik und setzten das Wahlprogramm „Innovation und Gerechtigkeit“ Schritt für Schritt um: die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts, die Green-Card-Initiative, die Steuerreform, die besonders Familien entlastete, die Reform der Altersversorgung mit der Riester-Rente, die Sanierung des Bundeshaushalts, den Atomausstieg, das Bündnis für Arbeit, die Ökosteuer, die Erhöhung des Kindergelds von 112 auf 154 Euro und Initiativen im Bildungsbereich (Jump, Schulen ans Netz, Dienstrechtsreform für Hochschullehrer).

Soziale Stadt

Franz Müntefering, damaliger Bauminister, initiierte 1999 das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“. Die „Abwärts-spirale“ in benachteiligten Stadtteilen sollte aufgehoben, die Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden. Stuttgart war von Anfang dabei im Förderprogramm mit der Sozialen Stadt Freiburg/ Mönchfeld.



Ute Kumpf bei einer Rede im Bundestag 1998.

Wichtige bundespolitische Entscheidungen 1998-2002

- Zahl der Erwerbstätigen steigt um 1,2 Millionen, Zahl der Arbeitslosen liegt um mehr als 500.000 niedriger als 1998
- Rentenreform mit dem Ausbau der privaten Vorsorge – der Riester-Rente – und der Betriebsrente
- Senkung der Lohnnebenkosten: Beitrag der gesetzlichen Rentenversicherung von 20,3 auf 19,1 Prozent
- Steuerreform, von 1999 bis 2005, entlastet die Privathaushalte um 65,3 Milliarden DM, den Mittelstand um 29,8 Milliarden DM, Großunternehmen werden mit 1,7 Milliarden DM belastet
- Grundfreibetrag wird von 6322 auf 7235 Euro erhöht, gleichzeitig der Eingangssteuersatz von 25,9 auf 19,9 Prozent gesenkt
- Erhöhung des Kindergelds von 112 auf 154 Euro
- Aufwendungen des Bundes für Forschung und Entwicklung steigen von 33,58 auf 34,98 Milliarden Euro, Ausgaben für Verkehrsinvestitionen von 9,5 auf 11,5 Milliarden Euro
- Reform des Betriebsverfassungsgesetzes: Ausweitung der Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen, beim Umweltschutz und fremdenfeindlichen Aktivitäten in Betrieben. Stärkung der Arbeitnehmerrechte durch vereinfachtes Wahlverfahren in Kleinbetrieben
- Jährliche Ausgaben des Bundes für Bafög verdoppeln sich, Zahl der Bafög-Empfänger steigt um 80.000 auf 450.000
- Nach zehn Jahren Stillstand: Erhöhung des Wohngelds von 110 auf 160 Euro
- Bundestag beschließt die Einsätze Operation Enduring Freedom und ISAF zur Stabilisierung Afghanistans sowie die Mandate für den Kosovo und Mazedonien
- Einstieg in eine zukunftsverträgliche Energieversorgung: Ausstieg aus der Atomenergie, verstärkte Förderung erneuerbarer Energien, Belastung des Energieverbrauchs durch Öko-Steuer
- Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: Über 350.000 Jugendliche bekommen mit dem JUMP Programm eine Perspektive, JOB-AQTIV Gesetz stellt Weichen für Effizienz in der Arbeitsvermittlung und für Qualifizierung



Ute Kumpf und Ernst-Ulrich von Weizsäcker am Wahlabend 1998.

1998 bis 2002: Rot-Grün regiert



Ute Kumpf als Schirmherrin beim CSD 2001.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Ein Meilenstein gegen die Diskriminierung von Homosexuellen war 2002 das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft für Schwule und Lesben, kurz Lebenspartnerschaftsgesetz, das Rot-Grün gegen den erbitterten Widerstand von CDU und CSU auf den Weg brachte. Ein Gesetz, das heute nicht mehr weg zu denken ist. Genugtuung für mich als Schirmfrau beim ersten CSD 2001 in Stuttgart.

Enquete-Kommission

Meine Arbeit in der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ schuf die Grundlage für ein politisches Betätigungsfeld über alle vier Legislaturperioden hinweg. Als ordentliches Mitglied engagierte ich mich zunächst bei dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit“. Der Enquete-Abschlussbericht vom Juni 2002 gab dem Parlament konkrete Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland an die Hand und schlug die Gründung eines bundesweiten Netzwerkes vor. Am 5. Juni 2002 wurde das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das BBE, aus der Taufe gehoben.



Bürgerschaftliches Engagement war für mich von Anfang an jedoch nicht nur Theorie, wichtig war mir der Dialog vor Ort: Zum ersten Mal fand am 5. Dezember 2000 in Stuttgart die von mir gegründete Aktion „Mitmachen Ehrensache“ statt.

Die Terroranschläge in New York und Washington am 11. September 2001 brachten die Weltordnung aus den Fugen und auch Deutschland war gezwungen, Position zu beziehen. In zwei Abstimmungen, am 16. November und 22. Dezember 2001, beschloss die Mehrheit im Bundestag, sich an der Terrorismusbekämpfung der Operation Enduring Freedom sowie am ISAF-Einsatz zur Stabilisierung Afghanistans zu beteiligen.

Rückblickend hat die SPD 1998 bis 2002 in Regierungsverantwortung ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt, trotz harter Auseinandersetzungen in unseren eigenen Reihen mit dem grünen Koalitionspartner bei den Themen Asylbewerber, Waffenexporte und Kosovo-Krieg. In wichtigen Feldern erreichte Rot-Grün eine Umkehr der negativen Trends: Die Beschäftigung stieg um 1,1 Millionen, die Zahl der Arbeitslosen ging um 428 000 zurück, die jährlichen Ausgaben des Bundes für BAföG konnten mehr als verdoppelt werden und die jährliche Neuverschuldung des Bundes wuchs nicht weiter, sondern wurde Stück für Stück auf Null reduziert.



Ute Kumpf im Gespräch mit Ute Vogt im Fraktionssaal.

Stuttgart 1998-2002

- JUMP Programm: Stuttgart war mit zwölf Millionen pro Jahr dabei, bei den Investitionen in Bildung, Forschung und Technologie profitiert die Bio-Region Stuttgart
- Stuttgart bekommt Mittel für Bildung und Qualifizierung aus dem Programm für Langzeitarbeitslose
- Der Ausbau des Echterdinger Eis wird vorgezogen
- Stuttgart profitiert von Mitteln aus Berlin und baut Spitzenposition bei Patentanmeldungen aus
- Erfolgreicher Einsatz für den Erhalt der Wehrbereichsverwaltung mit über 400 Arbeitsplätzen, ebenso für das Zollfahndungsamt in Cannstatt
- Stuttgart erhält weitere hunderte Millionen: Soziale Stadt in Stuttgart-Freiberg, Vernetzung der Weiterbildungsträger zu „lernenden Regionen“, Entwicklung zur Bio-Technologie-Region, Modernisierung der Bundesbahntrassen, Energiewende, Ausbau von Forschungsschwerpunkten an Hochschulen und in Betrieben

CDU/ CSU und FDP, die die Wahlniederlage nicht hinnehmen wollten, machten Fundamentalopposition, spalteten die Gesellschaft mit gezielter Desinformation zu den Mini-Jobs und der Ökosteuer. Die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wurde von Roland Koch in Hessen geschickt genutzt, die Menschen zu verunsichern. Er konnte die Stimmung im Wahlkampf polarisieren und gewann die Landtagswahlen in Hessen.

Die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat ging verloren. Auch bei den Landtagswahlen im Saarland im Herbst 1999 und 2001 in Rheinland Pfalz unterlag die SPD.

2002 bis 2005: Wichtige Reformen unter Rot-Grün

Ute Kumpf erreicht mit 45,6 Prozent der Erststimmen (37,6 Prozent Zweitstimmen) ihr persönliches Bestergebnis und verteidigt am 22. September 2002 ihr Direktmandat.



Ute Kumpf mit Gerhard Schröder 2004.

Es war ein spannender Wahlabend. Mit 38,5 Prozent ist die SPD gleichauf mit der CDU (38,5 Prozent). Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen (8,6 Prozent) erreichten wir mit 47,1 Prozent knapp die Bundestagsmehrheit und konnten nach einem erbitterten Wahlkampf die rot-grüne Koalition fortsetzen.

Als Kreisvorsitzende der Stuttgarter-SPD (bis 2004) hatte ich auch diesen Wahlkampf mit zu verantworten. Obwohl Rot-Grün nach den verlorenen Landtagswahlen, der Stimmungsmache gegen Gerhard Schröder und der Anti-Ausländerkampagne von Roland Koch von den Medien totgesagt wurde, konnten wir weiterregieren. Vor allem Schröders „Nein zum Irak-Krieg“ und sein Krisenmanagement bei der Elbflut trugen zum Wahlerfolg bei.

Die ökonomische Ausgangslage Deutschlands war nach der Wahl dramatisch. Die schlechte Wirtschaftssituation nach dem Platzen der New-Economy-Blase, eine hohe Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent, die Stagnation des Bruttoinlandsprodukts, die Belastungen der Rentenkassen aufgrund des demografischen Wandels, der Rückgang des privaten Konsums und die steigenden Lohnnebenkosten zwangen zum Handeln.

Agenda 2010

In seiner Regierungserklärung am 17. März 2003 sprach Bundeskanzler Schröder vom „Mut zur Veränderung“ und kündigte Maßnahmen und Reformen an, die Agenda 2010: „Entweder wir modernisieren, und zwar als Soziale Marktwirtschaft. Oder wir werden

modernisiert“. Innerhalb der SPD-Fraktion waren die Reformen heftig umstritten und sorgten im linken Flügel für massiven Protest. Es galt aber, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Die Reformen betrafen nicht nur die Arbeitsmarktpolitik und die Neuregelung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Schwerpunkte waren vor allem die Bereiche Bildung, Ausbildung und Forschung.

Die Umsetzung einzelner Gesetzesvorhaben in der Legislatur erwies sich als schwierig. SPD und Grüne hatten keine Mehrheit im Bundesrat. Dringende Gesetzesvorhaben wurden von der CDU/ CSU in der Länderkammer blockiert. So wurde nach zähen Verhandlungen der Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform an den Vermittlungsausschuss überwiesen. In nächtlichen Sitzungen mussten wir schmerzliche Kompromisse eingehen wie die Zustimmung zur Praxisgebühr.

Das neue Zuwanderungsgesetz

Gleiches Prozedere beim Zuwanderungsgesetz, das nach harten Auseinandersetzungen und Zugeständnissen Ende 2004 verabschiedet wurde und 2005 in Kraft trat. Deutschland begreift sich damit erstmals als Einwanderungsland. Integration wird als bundespolitische Aufgabe definiert. Kernelemente sind die Integrations- und Sprachkurse sowie das novellierte Staatsangehörigkeitsgesetz, mit dem wir die rechtliche Grundlage für Integration schafften.

Reformen der Agenda 2010 in Stichpunkten:

- Öffnung der Handwerksordnung, Betriebsgründungen auch ohne Meisterbrief
- Senkung der betrieblichen Lohnnebenkosten
- 25 Prozent Erhöhung der Bildungsausgaben
- BAföG-Reform, Darlehensrückzahlung auf 10.000 Euro begrenzt, Steigerung der Studierenden von 28,5 auf 35,6 Prozent
- Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB), vier Milliarden Euro für Ausbau von Ganztageschulen
- „Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“, zwischen Regierung und Wirtschaft für mehr Ausbildungsplätze
- Erstes und zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I und II). „Mini-Jobs“ bis 400 Euro, Förderung von Existenzgründungen, die „Ich-AG's“. Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden zusammengelegt, der Umbau der Bundesagentur für Arbeit vorgenommen. Erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger haben Anspruch auf Bildungsleistungen, Sozialversicherung und individuellere Betreuung bei der Arbeitsvermittlung
- Finanzielle Entlastung der Kommunen, Zahlungen für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger übernimmt der Bund
- Beitragssatz Rentenversicherung bleibt stabil bei 19,5 Prozent
- Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit. Ältere Menschen müssen nicht mehr zum Sozialamt
- Eltern mit geringem Einkommen erhalten Kinderzuschlag in Höhe von monatlich bis zu 140 Euro pro Kind
- Alleinerziehende mit neuem Steuerfreibetrag von 1.308 Euro entlastet
- Einführung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit



Ute Kumpf im Integrationskurs bei den Henke-Schulungen.

2002 bis 2005: Wichtige Reformen unter Rot-Grün

Integration spielt auch in Stuttgart eine wichtige Rolle. Hier leben 170 Nationen, 40 Prozent der Einwohner haben Migrationshintergrund. Im Dialog mit den Stuttgarter Sprachkurs- und Integrationsträgern wie zum Beispiel der AWO und den Henke-Schulungen, dem Integrationsbeauftragten der Stadt, Gari Pavkovic, und dem Integrationsnetzwerk habe ich etliche Verbesserungen für die Integrationskurse vor Ort durchgesetzt.

„Engagement macht Schule“

Zu einer bunten Gesellschaft gehört auch das solidarische Miteinander. In meiner Funktion als Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement setzte ich mich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Begleitend zu unserem Ganztageschulprogramm organisierte ich im Februar 2004 für die SPD den bundesweiten Kongress „Engagement macht Schule“. Außerdem habe ich am Gesetzentwurf „Gesetz zur Verbesserung des gesetzlichen Unfallschutzes für Bürgerschaftliche Engagierte“ mitgearbeitet, das 2005 in Kraft trat.

Vorgezogene Neuwahlen

Nach der deutlichen Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 verkündete der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering vorgezogene Neuwahlen im Herbst 2005. Gerhard Schröder sah sich bei der Durchsetzung seiner Reformen durch die Opposition blockiert und wollte von den Bürgerinnen und Bürgern erneut das Vertrauen ausgesprochen wissen, um regierungsfähig zu bleiben.

Wichtige bundespolitische Entscheidungen 2002-2005

- „Nein zum Irak-Krieg“
- Bundeswehr beteiligt sich durch UN-Mandat am Afghanistan-Einsatz
- Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes
- Gesetzlich festgeschriebener Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Umgestaltung des Erziehungsurlaubs zu flexibler Elternzeit. Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit
- Bundesprogramm „Soziale Stadt“
- Gesetz zur Verbesserung des gesetzlichen Unfallschutzes für „Bürgerschaftlich Engagierte“
- Denkmal für die ermordeten Juden Europas, zum Gedenken an die Opfer der NS-Verbrechen



Meine Kandidatur zur Oberbürgermeisterin

2004 kandidierte ich für das Amt der Stuttgarter Oberbürgermeisterin.

Im 1. Wahlgang erreichte ich 32,8 Prozent der Stimmen und damit den zweiten Platz hinter Amtsinhaber Dr. Wolfgang Schuster (CDU). Boris Palmer, Kandidat der Grünen, landete auf Platz drei und sprach sich bei der Stichwahl für Oberbürgermeister Schuster (CDU) aus.

Im 2. Wahlgang erreichte ich mit 45,3 Prozent der Stimmen ein gutes Ergebnis, musste mich aber gegenüber Schuster mit 53,3 Prozent der Stimmen geschlagen geben.

Stuttgart 2002-2005

IZBB-Mittel

In Stuttgart wurden 197 Schulen unterstützt. 2002 bis 2003 flossen circa 68,5, 2005 circa 72,3 Millionen Euro in den Ausbau

Soziale Stadt

Mittel von Berlin nach Stuttgart im Zeitraum 1999-2003:

Zuffenhausen/ Rot
circa 1,1 Millionen Euro

Möhringen/ Fasanenhof:
circa 1,4 Millionen Euro

Mühlhausen/ Freiberg Mitte und Mönchfeld
circa 4,5 Millionen Euro

Integrationskurse

2005 haben 99 Integrationskurse stattgefunden, davon sieben Jugend-, sieben Frauen- und fünf Alphabetisierungskurse. Insgesamt haben rund 2.000 Personen bei 19 Sprachkursträgern teilgenommen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellte 1,94 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit mehreren Schreiben an die Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Thomas de Maizière sowie unseren Arbeitsminister Franz Müntefering habe ich unter anderem die Erhöhung der Bundesmittel, den Stundenumfang für die Alphabetisierungskurse, die Reduzierung der Gruppengröße, den Bürokratieabbau, die Erstattung der Fahrtkosten für ALG-II-Empfänger und mehr Teilzeitkurse für Mütter mit Kinderbetreuung durchgesetzt.

2005 bis 2009: Große Koalition

Mit 42,1 Prozent wird Ute Kumpf am 18. Spemtber 2005 zum dritten Mal direkt gewählt. Auch das Zweitstimmen-Ergebnis in ihrem Wahlkreis Stuttgart II liegt mit 33,9 Prozent vor dem der CDU.



Ute Kumpf mit dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck.

Die vorgezogene Bundestagswahl erbrachte ein Patt: Mit 34,2 Prozent der Zweitstimmen lag die SPD nur ein Prozentpunkt hinter der Union (nur ein Sitz Unterschied: 222 CDU/CSU, 221 SPD). Von der Fraktion wurde ich mit großer Mehrheit als Parlamentarische Geschäftsführerin bestätigt und setzte auch meine Arbeit als Sprecherin der Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ fort.

Weltwirtschaft im schweren Fahrwasser

Ende 2008 begann mit der Lehmann-Pleite eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir auch heute noch spüren. In dieser akuten Situation haben wir mit Peer Steinbrück als Finanzminister und Olaf Scholz als Arbeitsminister innerhalb der Großen Koalition die Richtung vorgegeben und unter anderem die beiden Konjunkturpakete in Höhe von 80 Milliarden Euro erarbeitet und durchgesetzt.

Durch den sogenannten Beschäftigungsschutz haben wir es geschafft, mit der Kurzarbeit die Folgen der Krise auf dem Arbeitsmarkt abzumildern und die Unternehmen zu ermutigen, die Zeit zur Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen. Stuttgart als ‚Kurzarbeiter-Hochburg‘ Deutschlands hat hiervon ganz massiv profitiert. Innerhalb der Koalition haben wir uns dafür eingesetzt, dass als Lehre aus der Krise die Banken stärker in die Pflicht genommen und beaufsichtigt sowie die Anlegerinteressen besser geschützt werden.

Die Finanzkrise machte uns einen Strich durch die Rechnung, bis 2011 einen ausgeglichene Haushalt vorzulegen.

Uns war es als SPD in dieser Legislaturperiode besonders wichtig, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu bündeln und zu intensivieren, um die Teilhabe am Arbeitsleben insbesondere von Langzeitarbeitslosen zu verbessern und der Krise auf dem Ausbildungsmarkt zu begegnen. Nach einigen Jahren Agenda 2010 war es an der Zeit, Fehlentwicklungen zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern. Das Element des ‚Förderns‘ musste gegenüber dem ‚Fordern‘ gestärkt werden.

Umstrittene Entscheidung

Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 war ein umstrittener Beschluss. Angesichts der demografischen Entwicklung sind wir verantwortlich dafür, dass auch in Zukunft das Rentensystem funktioniert und Generationengerechtigkeit herrscht. Andererseits müssen wir die Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge behalten. So konnte ich Umsetzungsstrategien für altersgerechtes Arbeiten und flexible Altersteilzeitregelung auf den Weg bringen. Zudem konnten auch Dank meines Einsatzes die Erwerbsminderungsrente sowie die Revisionsklausel durchgesetzt werden.

Die Rente mit 67 muss in einem Atemzug mit der Initiative 50plus genannt werden. Mit der Initiative 50plus haben wir ein Bündel von Maßnahmen eingeführt, mit denen Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter verbessert und die Langzeitarbeitslosigkeit unter Älteren verringert werden sollten.

Wichtige bundespolitische Entscheidungen 2005-2009

- Schutzschirm für die Finanzwirtschaft und zwei Konjunkturpakete: mit 80 Milliarden Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft
- Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit gezielten Hilfen für Langzeitarbeitslose und Jugendliche
- Ausbau Arbeitnehmer-Entsendegesetz – mit Mindestlohn für neun Branchen für über drei Millionen Beschäftigte
- Schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67, flankiert durch Maßnahmen zum Schutz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Initiative 50plus)
- Einführung Elterngeld und Beschluss über Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag ab August 2013
- Ausbau Bundesprogramme Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Erhöhung des BAföG gegen den Widerstand der Union und Weiterentwicklung mit einem Hochschulpakt von Bund und Ländern, 1,2 Milliarden Euro für Hochschulen vom Bund
- Föderalismusreform I mit Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern – Föderalismusreform II mit Neuordnung der Finanzbeziehungen und Einführung der Schuldenbremse
- Energie- und Klimapolitik durch Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) und Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Wiedereinsetzung Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ auf meine Initiative, breitangelegte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit „Hilfen für Helfer“ (2007)



Ute Kumpf mit dem damaligen Arbeitsminister Olaf Scholz.

2005 bis 2009: Große Koalition



Ute Kumpf mit Peer Steinbrück und Werner Schretzmeier im Theaterhaus Stuttgart zum Thema „Hilfen für Helfer“.

Zum 1. Januar 2007 mit der Einführung des Elterngelds haben wir die Weichen in der Familienpolitik neu gestellt. Diese schon in der rot-grünen Koalition von Familienministerin Renate Schmidt geforderte Leistung konnten wir bei den Verhandlungen mit der CDU/ CSU in den Koalitionsvertrag festschreiben und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Mütter und Väter – voranbringen. Mit dem Elterngeld wollen wir auch Vätern Anreize bieten, sich stärker in der Erziehungs- und Familienarbeit zu engagieren.

SPD-Handschrift sichtbar

Deutschland ist heute Vorreiter in Sachen Klimapolitik und Erneuerbare Energien. In der Großen Koalition hat die SPD unter dem damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel mit der „Roadmap Energiepolitik“ wichtige umwelt- und klimapolitische Reformvorhaben verwirklicht und die entscheidenden Anstöße gegeben.

Dabei haben wir gezeigt, dass moderne Umweltpolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik keine Gegensätze sind. Der Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich zum Job-Motor in Deutschland entwickelt.

Auch im Bereich Verkehr zeichnet sich eine Wende ab: Unter Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat die Bundesregierung den Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität verabschiedet, um die Führungsrolle in der Forschung und Entwicklung sowie in der Automobil- und Zulieferindustrie zu behaupten. Allein im Konjunkturpaket II wurden 500 Millionen Euro für Bildung und Forschung und für acht Modellregionen zur Verfügung gestellt.

Als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag hat die SPD seit Herbst 2006 eine Task Force Afghanistan eingesetzt, die den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Mandates bewertet und Handreichungen für die Abgeordneten als Entscheidungsgrundlage erarbeitet. Auch wenn die Große Koalition, die zweite in der Geschichte der Bundesrepublik, nicht unsere Wunschkonstellation war, nutzten wir die vorhandenen Gestaltungsspielräume. Denn: Opposition ist Mist!

Unsere Handschrift war und ist deutlich sichtbar, die SPD-Minister – allen voran Peer Steinbrück als Finanzminister, Frank-Walter Steinmeier als Vizekanzler, Olaf Scholz als Arbeitsminister und Sigmar Gabriel als Um-

Stuttgart 2005-2009

- Finanzkrise schlägt voll auf die Wirtschaft durch, Stuttgart ist Kurzarbeiter-Hochburg in Deutschland: SPD und Olaf Scholz ermöglichen Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, davon profitieren 120.000 Stuttgarter Beschäftigten in Kurzarbeit
- Programm Soziale Stadt für Projekte in Giebel (Fördervolumen 2006 circa 660.000 Euro) und Hallschlag (Fördervolumen 2007 circa eine Million Euro)
- 500 Millionen Euro für Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität, Ziel bis 2020 eine Million Elektroautos, Stuttgart wird mit 15 Millionen Euro Modellregion
- Erfolgreicher Einsatz für den Ausbau der Neckarschleusen damit zeitnahe Realisierung des Ausbaus der Schleusen bis zum Stuttgarter Hafen
- Wieder Bundesmittel für Integrationsprojekte nach Stuttgart: zum Beispiel 1,94 Millionen Euro für Integrationskurse, Bundeszuschüsse für Integrationsprojekte der AWO Stuttgart, des Diakonischen Werks, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Caritas oder der Deutschen Jugend aus Russland e.V.

weltminister – waren die Leistungsträger am Kabinetttisch. Wir mussten einige Kompromisse eingehen und konnten unsere Positionen nicht zu 100 Prozent durchsetzen.

So blieb die Große Koalition am Ende unter ihren Möglichkeiten, unsere Arbeit wurde bei der Bundestagswahl 2009 von den Wählerinnen und Wählern leider nicht honoriert.



Ute Kumpf mit Franz Müntefering bei der Feuerbacher Kirbe.

2009 bis 2013: Opposition ist Mist

Ute Kumpf verliert ihr Direktmandat. Mit 26,3 Prozent der Erststimmen landet sie am 27. September 2009 auf Platz zwei, zieht aber über die SPD-Landesliste Baden-Württemberg erneut in den Bundestag ein.



Die SPD-Bundestagsfraktion am Weltfrauentag 2010 im Plenum des Deutschen Bundestages.

Der Gang in den SPD-Fraktionssaal nach der Wahl 2009 war hart: ein Drittel weniger Kolleginnen und Kollegen. Von den 222 Abgeordneten in der 16. Wahlperiode blieben nach dem historisch schlechten Wahlergebnis von 23 Prozent nur noch 146 Sitze für die SPD übrig.

Auch an mir persönlich ging das katastrophale Ergebnis nicht vorbei: Ich verlor mein Direktmandat, landete mit 26,3 Prozent der Erststimmen nur auf Platz zwei, zog aber über die Landesliste erneut in den Bundestag ein. Die Fraktionsspitze wurde neu aufgestellt, in meinem Amt als Parlamentarische Geschäftsführerin mit dem Geschäftsbereich Personal wurde ich bestätigt. Bis Mitte 2010 war es meine Aufgabe, die Umstrukturierung bei den Fraktionsmitarbeitern vorzunehmen.

Nach der Umsetzung gab ich Ende Mai meinen Posten als Parlamentarische Geschäftsführerin ab, zugunsten von mehr Ausschussarbeit: Ich wurde Mitglied im Verkehrsausschuss. Als Berichterstatterin war ich zuständig für die Verkehrsprojekte in Baden-Württemberg, darunter S21 genauso wie den Ausbau der Rheintalbahn und der Neckarschleusen. Außerdem wurde mir die Berichterstattung für Innovationen im Verkehrswesen übertragen, von der Elektromobilität bis zum Navigationssystem Galileo.

Im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und setzte auf Vorschlag der SPD Fraktion auch meine Arbeit als Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement fort.

Nach elf Jahren in Regierungsverantwortung stand nun, das erste Mal für mich als Bundestagsabgeordnete, Oppositionsarbeit gegen CDU/CSU und eine mit 14,6 Prozent aufgeblähte FDP an. Die FDP nutzte die neue Stärke für Klientelpolitik, sorgte mit der Steuerentlastung für Hoteliers für einen der ersten Aufreger der Legislatur.

Die schwarz-gelbe Regierung war von Beginn an in sich zerstritten, fasste keinen Tritt und vollzog Kehrtwenden. So wurde zunächst der rot-grüne Atomkonsens von 2001 aufgekündigt, um nach dem Unglück im japanischen Fukushima eine 180 Grad Wende hinzulegen und erneut das Ende der Atomenergie in Deutschland zu beschließen.

Zahlreiche Rücktritte fielen in die Zeit der schwarz-gelben Regierung. Gleich zu Beginn musste Minister Jung seinen Hut nehmen wegen des Bombardements eines Tanklastzuges im afghanischen Kunduz. Besonders hohe Wellen schlug aber der Rücktritt von Herrn zu Guttenberg.

Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik trat mit Horst Köhler ein Bundespräsident zurück. Mühsam konnte sich die Koalition auf einen gemeinsamen Kandidaten, den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, einigen. Erst im dritten Wahlgang bekam er in der Bundesversammlung gegen Joachim Gauck, den Kandidaten von Rot-Grün, die nötige Mehrheit. Nicht einmal zwei Jahre später wurde Joachim Gauck von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gekürt, nachdem mit Christian Wulff erneut ein Präsident zurücktrat.

Highlight in der 17. Wahlperiode:

Ein Highlight meiner letzten Legislaturperiode war die Ehre, das Bundesverdienstkreuz verliehen zu bekommen. Bundestagspräsident Norbert Lammert überreichte mir im Jahr 2010 das Bundesverdienstkreuz, er würdigte mich mit folgenden Worten.

„Als Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe, als Mitglied der Enquete-Kommission und als Mitglied im Unterausschuss setzte sich Ute Kumpf dafür ein, dass ehrenamtlich Engagierte in Deutschland Unterstützung und Anerkennung finden und dafür finanzielle und rechtliche Bedingungen geschaffen werden. Das gilt für neue und traditionelle Formen bürgerschaftlichen Engagements. Gleichzeitig ist ihr wichtig, dass Engagierte nicht durch die Politik missbraucht und zu Ausfallbürgen für leere öffentliche Kassen werden. Ein besonderes Anliegen war und ist es Ute Kumpf, Jugendliche für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Daher setzt sie sich konsequent für den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste ein. Die von ihr im Jahr 2000 in Stuttgart initiierte Jugend-Aktion ‚Mitmachen Ehrensache‘ wächst stetig und findet inzwischen in ganz Baden-Württemberg statt.“



Das Bundesverdienstkreuz für Ute Kumpf.

Tiefpunkt in der 17. Wahlperiode:

Erschüttert haben mich und meine Kolleginnen und Kollegen im Bundestag die Verbrechen der NSU. Es ist unvorstellbar, welches Leid Opfer und Angehörige dieser grausamen Verbrechen ertragen mussten.

Das Versagen unserer Sicherheitsbehörden führte zum ersten Untersuchungsausschuss, der mit den Stimmen aller Fraktionen eingesetzt wurde. Sebastian Edathy, der den Vorsitz des Untersuchungsausschusses inne hatte, fand bei der Vorstellung des Abschlussberichtes die richtigen Worte:

„Wer Menschen aus rassistischen Motiven heraus angreift, der greift uns alle an, weil er sich an den Fundamenten unserer Gesellschaftsordnung versündigt.“

2009 bis 2013: Opposition ist Mist



Ute Kumpf mit Frank-Walter Steinmeier.

Projekt Zukunft der SPD-Fraktion

Als größte Oppositionsfraktion war es unser Ziel, die Regierung zu „treiben“ und uns inhaltlich so aufzustellen, dass wir eine echte Alternative sind. Auf Initiative unseres Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier hat die SPD-Bundestagsfraktion im Januar 2011 auf ihrer Klausursitzung in Magdeburg das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gestartet.

Während der Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit auf das Regierungsversagen der schwarz-gelben Koalition gerichtet blieb, haben wir anderthalb Jahre lang in acht Projektgruppen an realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen für die kommenden Jahre gearbeitet.

Die Themen der Projektgruppen waren:

- Ganztagschule
- Generationenpolitik
- Gleichstellung
- Infrastrukturkonsens
- Integration
- Ordnung für Arbeit/ Kreativpakt
- Regelung und Aufsicht von Finanzmärkten
- Steuer- und Finanzierungskonzept

In den Projektgruppen war uns ein offener Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Wissenschaft und Kultur wichtig.



Ute Kumpf bei der Veranstaltung zum Kreativpakt 2013.

SPD Initiativen in der 17. Wahlperiode

- Circa 35 Anträge, Fragen und Gesetzesinitiativen zur Eurokrise: Wir wollen die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen, Bankenkontrolle verstärken, ein Wachstumsprogramm – insbesondere gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa – auflegen und eine Internationale Finanztransaktionssteuer einführen
- Circa 60 Anträge, Fragen und Gesetzesentwürfe zu guter Arbeit und gerechten Löhnen. Schwerpunkte: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Missbrauch von Leiharbeit, Mindestlohn
- Konkreter Gesetzentwurf zum allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohn (17/4665)
- Gleichstellung von Mann und Frau. Frauen haben es im Job noch immer schwerer und verdienen ein Drittel weniger wie Männer. Wir wollen eine gesetzliche Gleichstellung und Quotenregelung. Unter anderem Anträge: „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ und „Mit gesetzlichen Regelungen die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben umgehend durchsetzen“
- Antrag: „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“



Entstanden ist ein sozialdemokratisches Leitbild, das unsere Vision für Deutschland im Jahr 2020 skizziert. Zentrale Bausteine davon sind in unser Regierungsprogramm eingeflossen.

Der parlamentarische Alltag in der 17. Wahlperiode war von den Folgen der Finanzkrise, der europäischen Staats- und Schuldenkrise, geprägt. Zur Stabilisierung des Euros wurden Rettungsschirme gespannt, Mechanismen wie EFSF oder ESM wurden eingerichtet und die europäischen Staaten mussten für einander einstehen.

Mit dem europäischen Fiskalpakt wurde außerdem das Modell der deutschen „Schuldenbremse“ auf Europa übertragen. Gestärkt durch Urteile des Verfassungsgerichtes bekam der Bundestag mehr Mitsprache in Finanzangelegenheiten.

15 Jahre Engagementpolitik



Ute Kumpf beim Kongress „Integration geht uns alle an — Gemeinsam für mehr Engagement“.

Demokratie lebt durch Engagement

15 Jahre im Bundestag waren für mich auch gleichzeitig 15 Jahre Engagementpolitik. Als es 1999 in der SPD-Fraktion darum ging, die Plätze in der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ zu besetzen, streckte ich den Finger.

Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die SPD setzt auf eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der Menschen frei ihre Meinung äußern, sich zusammenschließen, solidarisch für einander einstehen. In einer solidarischen Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Sie engagieren sich in Vereinen, Stiftungen, Initiativen oder Nichtregierungsorganisationen.

Die Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission nahm ihre Arbeit im Jahr 1999 unter Rot-Grün auf. Der Abschlussbericht wurde zum Meilenstein und zur Basis für die Engagementpolitik im Bund in den darauffolgenden Jahren. Die Forderungen der Enquete-Kommission wurden in zahlreichen rot-grünen Gesetzen und Initiativen umgesetzt, nur einige Beispiele:

- Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement wurde ab 2002 die parlamentarische Plattform für Engagementpolitik.
- Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wurde 2002 gegründet.

- Bei den Jugendfreiwilligendiensten wurden die Plätze und die Einsatzbereiche ausgebaut, „Weltwärts“ und „Kulturweit“ wurden als neue Freiwilligendienste ins Leben gerufen.
- Generationsoffene Freiwilligendienstprogramme für Ältere wie die „Generationsübergreifenden Freiwilligendienste“ und die „Freiwilligendienste aller Generationen“ wurden initiiert.
- Die gesetzliche Unfallversicherung für bürgerschaftlich Engagierte wurde ausgebaut.

- Die Rahmenbedingungen im Gemeinnützigkeitsrecht wurden mit der Reform „Hilfen für Helfer“ verbessert, für mehr Schutz und Anerkennung.
- Die Stifterfreiheit wurde im Stiftungssteuer- und Zivilrecht gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut.
- Befreiung ehrenamtlicher Vorstände von Vereinen und Stiftungen von unkalkulierbaren Risiken durch zivilrechtliche Haftungsbegrenzungen
- Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ fördert seit 1999 das Engagement und die Teilhabe in Stadtquartieren mit sozialen Problemen.

Politik für 23 Millionen Engagierte

Engagementpolitik heißt für mich, Politik für rund 23 Millionen engagierte Menschen in Deutschland zu gestalten. Das bedeutet, die Rahmenbedingung so zu verbessern, dass die Aktiven sich weiterhin gerne einbringen und neue Engagierte gewonnen werden.

23 Millionen sind in über 550.000 Vereinen, 19.500 Stiftungen, Initiativen, Genossenschaften und Netzwerken auf unterschiedliche Weise, zeitintensiv wie kurzfristig, aktiv. 2,5 bis drei Millionen Menschen unterstützen mit ihrem freiwilligen Engagement die Freie Wohlfahrtspflege. 1,8 Millionen freiwillige Helferinnen und Helfer engagieren sich im Katastrophenschutz.



Ute Kumpf mit Sönke Rix und Amtsleiter und Leiter der Feuerwehr Stuttgart Stadtdirektor Dr. Frank Knödler.

15 Jahre Engagementpolitik



Ute Kumpf beim Kongress „Bilanz und Perspektive unserer Engagementpolitik“ im Willy-Brandt-Haus im Dezember 2008.

Die meisten Aktiven verzeichnet der Sport: 8,8 Millionen Freiwillige in 91.000 deutschen Sportvereinen leisten dort mehr als 500 Millionen Stunden freiwillige Arbeit pro Jahr für rund 27 Millionen Vereinsmitglieder. 1,85 Millionen sind ehrenamtliche Vorstände beziehungsweise Vorsitzende. Sieben Millionen helfen im Spiel- und Wettkampfbetrieb.

Zum bürgerschaftlichen Engagement zählen das klassische Ehrenamt genauso wie das Stiften und Spenden von Geld, wie auch die Freiwilligendienste, die Selbsthilfegruppen und die politische Partizipation. Die Formen verändern sich stetig.

In den 15 Jahren habe ich gelernt, auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft Politik zu entwickeln. In der AG Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Fraktion, die ich seit 2002 leite, war mir wichtig, dass Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam am Tisch sitzen und partnerschaftlich Politik gestalten. Über die Hälfte der aktiven AG Mitglieder sind Vertreter aus den Wohlfahrtsverbänden, Sportvereinen, Kulturinitiativen, Netzwerken oder Seniorenorganisationen.

Bei sieben Fraktionskongressen, die ich als Sprecherin für die Fraktion veranstaltet habe, standen aktuelle Engagementthemen im Zentrum wie zum Beispiel:

- „Engagement macht Schule – Herausforderungen und Chancen“ (2004)
- „Unser Engagement für das Engagement – Freiwilligendienste fördern“ (2006)



Ute Kumpf mit Gesine Schwan beim Kongress „Bilanz und Perspektive unserer Engagementpolitik“.

- „Integration geht uns alle an – Gemeinsam für mehr Engagement“ (2007)
- „Alter gestaltet Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement und Alter“ (2008)
- „Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft – Bilanz und Perspektiven unserer Engagementpolitik“ (2008)
- „Freiwillig – im Dienste der Gesellschaft – Unsere Politik für die Freiwilligendienste“ (2009)
- „Engagiert in und für Europa“ – Bilanz und Perspektiven der Freiwilligentätigkeit in Europa (2011)

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt weiter stärken

Als Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement war es mir ein Anliegen, die SPD fit für die Engagementpolitik zu ma-

chen. Von Legislatur zu Legislatur wurde das Thema präsenter auf der politischen Agenda und fand Einzug im SPD-Grundsatzzprogramm, in Koalitionsverträgen wie in den Wahlprogrammen.

Im SPD-Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2013 ist das Kapitel „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken“ ein Teil des Kapitels „Demokratie stärken“. Wir machen deutlich, woran wir weiter arbeiten müssen. Bürgerschaftliches Engagement braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Die Zeitsouveränität des Einzelnen ist der Schlüssel dazu, sich zu engagieren.



Konstituierung Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement am 03. 03 2010 Markus Grübel, MdB, und Sibylle Laurischk, MdB. © DBT/Melde

Ein Ausblick aus persönlicher Sicht

Fazit von 15 Jahren Arbeit: Engagementpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, über einzelnen Ressorts und Ministerien hinweg. Damit der Dialog auf gleicher Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft geführt werden kann, braucht es auch einen Ansprechpartner an zentraler Stelle, am Besten im Kanzleramt oder einem Ministerium zum Beispiel für „Integration und Demokratie“.

Im Parlament sind neue Strukturen überfällig. Elf Jahre Arbeit im Unterausschuss haben gezeigt, ein eigenständiger Ausschuss für Engagement und Partizipation ist überfällig.

Um Engagementpolitik nachhaltig zu gestalten und den Herausforderungen gerecht zu werden, braucht es einen eigenständigen Ausschuss, der nicht nur berät, sondern auch mitentscheiden darf bei Gesetzesvorhaben, die Wirkungen auf Engagement Teilhabe und Partizipation haben.

Solidarität, Demokratie, Menschenrechte



Im Juli 2009 verleiht der mongolische Ministerpräsident, Sanjaa Bayar, Ute Kumpf den Polarstern-Orden, die höchste mongolische Auszeichnung.

Mein Einsatz für die Mongolei

Seit 2001 bin ich als Kurzzeit-Expertin der Friedrich Ebert Stiftung in der Mongolei im Einsatz. Das Land befindet sich seit der Wende 1990 in einem politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess. Das Land steht vor der Herausforderung, den Strukturwandel von der Nomadenwirtschaft zu einer rohstoffbasierten Volkswirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten.

Erfahrungen aus Deutschland, zu dem durch die DDR historisch gewachsene, enge Verbindungen bestehen, sind dabei hochwillkommen. Schwerpunkte der Friedrich Ebert Stiftung in der Mongolei sind die Stärkung der Rechte von Frauen, die Unterstützung der Gewerkschaften in zentralen sozialen Fragen, wie Aufbau eines Rentensystems, Interessenvertretung in Unternehmen und nachhaltiges Wirtschaften.

In den zwölf Jahren konnte ich gemeinsam mit dem Frauenforum der Parteien ein Gleichstellungsgesetz, mit Quote, auf den Weg bringen und eine Wahlrechtsreform umsetzen. Nach der Wende kam die Beteiligung mit einem Mehrheitswahlrecht unter die Räder. Viele Konferenzen, Gutachten, Gespräche mit Ministerpräsident und Abgeordneten waren notwendig, um sie von einem Verhältniswahlrecht zu überzeugen. Durch die Wahlrechtsreform konnte der Anteil der Frauen im Parlament von drei Sitzen auf aktuell 12 von insgesamt 76 gesteigert werden. Beim Thema Rentensystem leistete die DRV Stuttgart Entwicklungshilfe. Eine Delegation mit Vertretern von Gewerkschaft und Arbeitgebern wurde in Stuttgart geschult, Mitarbeiter absolvierten einen mehrmonatigen Arbeitsaufenthalt.

Um die Programmdebatte der Schwesterpartei MVP anzustoßen, initiierte ich die seit 2006 jährlich stattfindende Herbstakademie. Als Mitglied mehrerer Delegationen, unter anderem mit Bundeskanzlerin Merkel, Bundesminister Niebel, Bundestagspräsident Lammert oder Bundestagsvizepräsident Oswald und als Gesprächspartnerin in Deutschland für viele mongolische Delegationen war meine Expertise gefragt.

2009 hat der damalige Staatspräsident Enchbajar mich für meinen Einsatz und meine besonderen Verdienste um die deutsch-mongolischen Beziehungen mit dem mongolischen „Polarstern-Orden“ ausgezeichnet. In einem feierlichen Akt wurde er mir von Ministerpräsident Bayar ausgehändigt.

Meine Verbindungen zur Mongolei werden auch nach meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete nicht abreißen.

Deutsch-Chinesischer Menschenrechtsdialog und Konfuzius-Institut für Stuttgart

Wir Sozialdemokraten haben uns seit jeher für Menschenrechte und deren Unteilbarkeit eingesetzt. Meinen Beitrag dazu leiste ich beim Deutsch-Chinesischen Menschenrechtsdialog der Friedrich Ebert Stiftung. Er wird seit 1999 jedes Jahr organisiert und findet abwechselnd in China und Deutschland statt. Auf meine Initiative hin trafen wir uns mehrere Male in Stuttgart. 2008 in Peking konnten wir erstmals nicht nur im kleinen Kreis mit Experten, sondern auch öffentlich unter anderem mit Studentinnen und Studenten der Polizeihochschule diskutieren. Beim letzten Dialog in Genf gab es einen offenen Austausch über das regelmäßige Überprüfungsverfahren der Menschenrechtslage (UPR) der Vereinten Nationen in ihren Mitgliedsstaaten.

Ein solches Forum könnte auch das geplante Konfuzius-Institut in Stuttgart werden. Konfuzius-Institute haben – ähnlich wie die Goethe-Institute – den Auftrag, die chinesische Sprache und Kultur zu verbreiten und den Austausch mit dem Gastland zu fördern. Ich unterstütze die Stuttgarter Hochschule der Medien (HdM) dabei, in Kooperation mit chinesischen Partnerhochschulen ein Konfuzius-Institut zu gründen. Dies wäre ein Gewinn für Stuttgart. Die intensiven Verbindungen zur Volksrepublik auf wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene ziehen ein großes Interesse an der chinesischen Kultur und Sprache nach. Bei einer Delegationsreise mit der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe konnte ich bereits eine mündliche Zusage von der Generaldirektorin von HANBAN (zuständige Behörde für die Konfuzius-Institute) erhalten. Jetzt geht es darum, am Ball zu bleiben und konkrete Schritte umzusetzen.

第七届中德人权研讨会 7.Deutsch-Chinesischer Menschenrechtsdialog

2005年10月28日 北京



Funktionen im Bundestag



Der geschäftsführende Fraktionsvorstand im Jahr 2005.

Parlamentarische Geschäftsführerin

Von 1998 bis 2002 war ich Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Von November 2002 bis Mai 2010 war ich Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und gehörte in dieser Funktion dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand an. Das erforderte auch in den sitzungsfreien Wochen meine Präsenz in Berlin.

Als Parlamentarische Geschäftsführerin war ich neben der Arbeit im Parlament als Personalchefin zuständig für die wissenschaftlichen ReferentInnen, SachbearbeiterInnen, SekretärInnen, technischen MitarbeiterInnen, Trainees und Azubis der Fraktion.

Nicht zu vergessen sind der Aufbau eines Praktikanten- sowie zahlreicher Hospitanzprogramme: von der Friedrich-Ebert-Stiftung über internationale Austauschprogramme, den Girls' Day hin zur Woche der Gewerkschafts- und der Wirtschaftsjuvenen.

Zu meinem Aufgabenbereich gehörte die gesamte „Personalwirtschaft“: Einstellungen, Planung und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, Nachwuchsplanung, Kommunikation mit dem Personalrat, Verhandlungen über Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeit, Gleichstellung, das normale Geschäft der Personalabteilung eines mittelständischen Dienstleistungsunternehmens. Zudem war ich Ansprechpartnerin für die

Vertretung der MitarbeiterInnen der Abgeordneten der SPD im Bundestag.

Was mich besonders freut ist, dass es durch meine Initiative seit 2004 möglich ist, zum Bürokaufmann/-kauffrau in den Abgeordnetenbüros auszubilden. Ich habe dieses Projekt in der Mitarbeiterkommission des Ältestenrates gegen Widerstände auf den Weg gebracht. Bestärkt durch unsere positiven Erfahrungen mit der Verbundausbildung in der Fraktion hielt ich es für notwendig, nicht nur von der Wirtschaft und den Unternehmen Ausbildungsplätze zu fordern, sondern dass auch wir als Abgeordnete unseren Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation leisten.

Parlamentariergruppen

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe (stellv. Vorsitzende)

Parlamentariergruppe Französischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas (stellv. Vorsitzende)

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten (stellv. Vorsitzende)

Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Parlamentariergruppe Englisch- und Portugiesischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas

Bundestagsausschüsse und -gremien

Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (stellv.)

Sportausschuss (stellv.)

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (stellv.)

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (stellv.)

Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement (stellv. Vorsitzende)

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (stellv.)

Parlamentarische Versammlung der OSZE - OSZE PV

Ältestenrat

Mitarbeiterkommission des Ältestenrates

Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

Schriftführerin

SPD-Bundestagsfraktion

Parlamentarische Geschäftsführerin

Mitglied des geschäftsführenden Fraktionsvorstands

Sprecherin der AG „Bürgerschaftliches Engagement“

Was sonst noch geschah



Letztes Jahr im Sommer bin ich auf den Hund gekommen. Habe die Patenschaft für **Vega**, eine hübsche Shapendoes-Hündin an der Haldenrainschule, übernommen. Als Patin unterstütze ich das Projekt finanziell und ideell. Vega nimmt regelmäßig am Unterricht teil und wird von allen Kindern geliebt. Mit ihr klappt das Lernen und die Konzentration viel besser.

Regelmäßig besuche ich die Stuttgarter **Vesperkirche**. 2013 fand das Projekt bereits zum 19. Mal in der Stuttgarter Leonhardskirche statt. Gemeinsam mit der Diakoniefarrerin Frau Ott und einem Team von zahlreichen bürgerschaftlich engagierten Helferinnen und Helfern kümmerte ich mich um die Sorgen hilfsbedürftiger Stuttgarterinnen und Stuttgarter.



Für die Anschaffung eines **NAO-Roboters** am Eschbach-Gymnasiums konnte ich bei Porsche eine Spende in Höhe von 5.000 Euro einwerben.

Beim **Planspiel Zukunftsdialog** des Deutschen Bundestages lud ich Stuttgarter Schülerinnen und Schüler nach Berlin ein, damit sie einen Einblick in die Arbeit der Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Fraktionssitzungen bekommen. Die TeilnehmerInnen schlüpften in die Rolle eines Abgeordneten und simulierten die Abläufe spielerisch.

78 Praktikantinnen und Praktikanten erhielten Einblick in die parlamentarische Arbeit und den Alltag in meinem Büro.



Ein Höhepunkt für mich war **2002** die Übergabe Stuttgarter **Erde** an das Kunstwerk „**Der Bevölkerung**“ von Hans Haacke, einem Schüler von Joseph Beuys, im Innenhof des Reichstags. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aus **Botnang, Bad Cannstatt, Weilmordorf und Stuttgart Ost** hatte ich vor Ort Erde in Säcke gefüllt und mit nach Berlin gebracht.



Überraschung in Zentralasien: Botschafter Brett in Turkmenistan ist Stuttgarter und kredenzt unserer Delegation einen Tropfen aus dem **Collegium Wirtemberg**.

Girls-Day

Acht Mal habe ich beim **Girls-Day** der SPD-Bundestagsfraktion mitgemacht, den ich mit ins Leben gerufen habe. Einen Tag lang erlebt das „Mädchen“ mein politisches Geschäft und begleitet mich auf Terminen.

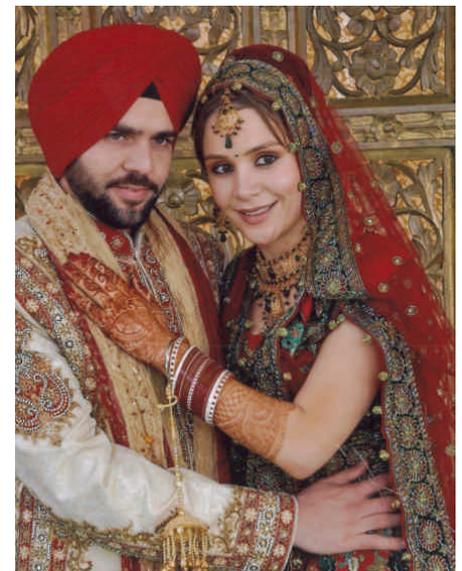
Politiker reden nicht nur, sondern halten auch Wort: Nach einem Besuch im Ausbildungszentrum für Kfz-Mechaniker in der togolesischen Hauptstadt Lomé konnte ich bei der Daimler AG zwei **Motoren für Schulungszwecke** organisieren. Die Jugendlichen waren dankbar für diese Unterstützung, die ihnen einen Weg ins Berufsleben ebnet.



Drei bunte Tage im Juli: Jedes Jahr war ich mit Freude Schirmfrau des **Afrika-Festivals Stuttgart** – Stuttgart feiert die eigene und die kulturelle Vielfalt Afrikas und setzt ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus!

Die Hochzeitsglocken läuteten. **Familienzusammenführung für Gerda Strunk**, ehemalige SPD-Stadträtin. Ihre Enkelin wollte heiraten und den indischen Schwiegervater aus Neu Delhi zu Hochzeit einladen. Es gab Probleme mit dem Visum. Ich wandte mich an den Botschafter und das Visum konnte noch rechtzeitig ausgestellt werden. Und der Schwiegervater bei der Hochzeitsfeier dabei sein.

Das Paar bedankte sich bei mir mit einem Brief und dem Hochzeitsfoto.



Ein Jahr in die USA – Parlamentarisches Patenschafts-Programm

13 Schülerinnen und Schüler aus meinem Stuttgarter Wahlkreis konnten mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Jahr in den USA gehen und dort die Schule besuchen.

Besuch in Berlin



Politik hautnah: über 10.000 Stuttgarterinnen und Stuttgarter in Berlin

Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger einen Einblick in meine Arbeit im Bundestag zu geben und mit ihnen ins Gespräch zu kommen ist täglich Brot für Abgeordnete.

In den 15 Jahren kamen circa 8505 Besucherinnen und Besucher, darunter 172 Schulklassen aus meinem Stuttgarter Wahlkreis nach Berlin und erlebten einen Blick hinter die Kulissen. Mein Büro, vor allem meine Mitarbeiterin Melanie Bouriat, organisierte für die Gruppen ein Programm, um politische Abläufe hautnah mitzuerleben. Besonders interessierte eine Führung im Reichstag, die Plenardebatte im Plenarsaal oder der Vortrag über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages. Auch die multimediale Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“ im Deutschen Dom oder ein Gespräch im Bundesministerium waren bei den Schülerinnen und Schülern beliebt. In den persönlichen Gesprächen interessierte die Gruppen besonders mein politischer Alltag als Abgeordnete, wie ich zur Politik und zur SPD kam, und natürlich aktuelle politische Themen, die im Bundestag zur Abstimmung standen oder die Menschen vor Ort bewegten, wie zum Beispiel S21.

Berlin intensiv: für 1700 politische Engagierte und Interessierte

In den 15 Jahren lud ich 1.700 politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart nach Berlin ein. Die Einladung war ein Dankeschön an die engagierten Genossinnen und Genossen und die vielen Ehrenamtlichen aus meinem Wahlkreis.

Die Besucher erlebten drei Tage lang ein dichtes, vielfältiges Programm, das ich für die Gruppen zusammenstellte und das Bundespresseamt organisierte: eine Plenardebatte im Bundestag oder ein Informationsvortrag, ein Gespräch im Bundesverkehrs-, Bildungs- oder Familienministerium, die Diskussion in der Landesvertretung Baden-Württemberg, eine Stadtrundfahrt und der Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen, des Tränenpalastes, des Jüdischen Museums oder des Holocaust-Mahnmals.

Ein besonderes Highlight war der Besuch des Musikvereins Hofen anlässlich seines 100-jährigen Bestehens. 50 junge Bläserinnen und Bläser spielten Franz Müntefering vor dem Willy-Brandt-Haus, dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse und mir ein Ständchen vor dem Reichstag.



Mein Team in Stuttgart und Berlin 1998 bis 2013



Agatha Kuchnicki

Alexander Mak

Alexander Schell

Andreas Muckenfuss

Anke Wulf

Benjamin Kobitzsch

Dorothee Friedrich

Dörte Lüdeking

Holger Krimmer

Inge Nolte

Isolde Bacher

Johannes Gamer

Julia Hoeter

Kerstin Blum

Maren Kunkel

Martina Buschle

Melanie Bouriat

Nathalie Nieding

Patrick Tomschitz

Philipp Baudy

Philipp Riethmüller

Rebecca Kiderlen

Sebastian Herbstreuter

Slaveia Köbke

Stefanie Braunreuther

Ulrike Kerzinger

Vera Szymansky



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

zum guten Schluss:

Dankeschön für 15 Jahre Unterstützung und Treue, für Anregungen und Kritik, Briefe und E-Mails, in allen Höhen und Tiefen dieser Zeit.

Eure

Ute Kumpf

www.ute-kumpf.de

Büro Berlin:
Ute Kumpf, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-73729
Telefax: 030 227-76144
ute.kumpf@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stuttgart:

Ute Kumpf, MdB
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon: 0711 233140
Telefax: 0711 235099
ute.kumpf@wk.bundestag.de